

...unden ist und insbesondere von dem Inhalt der Registrierungs-
erklärung abhängig sein wird."

Kann noch jemand zweifeln, wozu der Inhalt dieser Regie-
rungs-erklärung abhängig ist? Und die kommende Politik des
Verständlichen-Kabinetts? Es war ein Schauspiel abgesehen,
wie Hermann Müller Ministerportefeuilles andot und Angebote
zurück, je nach dem Wind der Volkspartei und ihres Hindernisses.
Ein Schauspiel abgesehen, insbesondere, wie Demokra-
ten und Sozialdemokraten Portefeuilles zugewiesen und ab-
genommen wurden. Eine solche Sprache hat niemals eine Par-
tei nach der Niederlage geführt, wie die Volkspartei nach
dieser Wahl. Daß es auch in ihren Reihen Reibungen und tat-
sächliche Meinungsdivergenzen gibt, daß Herr Stresemann Herrn
Scholz, den plumpen Volkbringer, maßlos und Herr Scholz Herrn
Stresemann eine Rüge erteilen kann, das kennzeichnet nur die
Infolge der Linksbewegung allgemein erschwerte Lage selbst für
die führende Partei des Truistkapitals. Aber nicht das ist ent-
scheidend; bleibe es den sozialdemokratischen Spitzen überlassen,
daraus eine Legende von ihrer eigenen Macht zu fabrizieren
und am Ende selber zu glauben. Entscheidend ist, daß die außer-
parlamentarische Macht des Truistkapitals ohne besondere
Schwierigkeiten trotz des Linkswahlresultats mit geschickten Ma-
növern imstande war, eine Regierung der Großen Koalition
herbeizuführen, die alle Nachteile der Koalitionspolitik für die
Sozialdemokratie hat, ohne auch nur die geringsten Bindungen
der im Wahlkampf empfindlich geschwächten bürgerlichen Füh-
rung zu bringen. Die Besiegten sind die Sieger, die
„Sieger“ werden als Führerklasse solange geduldet, bis sie
sich vor den Massen genug diskreditiert haben. Das ist die
Folge der sozialdemokratischen Politik.

Dieser Regierung, nach außen hin die Sozialdemokratie, in
der Führung, plus Stresemann und einige Fraktionsführer, in
Wirksamkeit ein Kabinetts des Truistkapitals, garniert mit zahl-
reichen Sozialdemokraten und kommandiert von der Volkspartei,
gibt der schärfste Kampf der Arbeiterklasse bis zu ihrem
Sturz. Er wird um so früher erreicht sein, je schneller es der
revolutionären Partei gelingt, die Massen um ihre Forderungen
im außerparlamentarischen Kampf zu sammeln, ihnen den
Widerstand zwischen den sozialdemokratischen Versprechungen
und den Leistungen im von ihnen „geführten“ Kabinetts klarzu-
machen, die Unerschickbarkeit auch nur der dringendsten Lebens-
forderungen darzutun, solange das Truistkapital herrscht und sie
damit mit immer gewaltigerer Kraft zum Kampfe um den
Sturz des Truistkapitals und die Errichtung einer Regierung
der Arbeiter und Bauern zu führen.

Regierungserklärung am Dienstag

Anträge der SPD für Arbeiterinteressen

Der Reichstag des Reichstages beschloß gestern, die nächste
Reichstags-Sitzung für den 3. Juli zur Entgegennahme der Regie-
rungs-erklärung einzuberufen.

Der Verein der Zeitungsverleger teilt mit, daß die kommuni-
stische Reichstagsfraktion beabsichtigt, mit der Stellungnahme
der Regierungserklärung nächste Woche ihre Anträge auf Auf-
hebung bzw. Senkung der Lohnsteuer, auf Beseitigung der
Schlichtungsordnung, auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes über
den Achtstundentag und Anträge gegen die Erhöhung der Preise
für Kohle und Eisen zu verbinden.

Amnestieberatung noch vor den Ferien

Berlin, 29. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Die WZ-Korrespondenz teilt mit, der Reichstag wolle v e r-
suchen, die Amnestieanträge noch vor den großen Ferien zu
erledigen. Zu diesem Zwecke würde ein Ausschuß baldigst die
Bearbeitung der vorliegenden Anträge übernehmen. Nach der
Aussprache über die Regierungserklärung, die etwa 3 Tage
dauere, würde das Plenum in eine kurze Pause eintreten, um
dann die Amnestievorlage zu beraten.

Erkauftes Schweigen

Tiefste Abfindungen im Arbeiterbank-Skandal

Wir haben bereits mitgeteilt, daß der von dem Arbeiter-
bankdirektor Badem gemäßigte Profurist Schönherz von der
Kommission des Bankangestellten-Verbandes genötigt worden
ist, selbst seine Kündigung einzureichen. Dazu erfahren wir
weiter, daß die Bankleitung diese Lösung ermöglichte, indem
sie für den entlassenen Direktor Herrn Meyer und den Pro-
kuristen Schönherz insgesamt 103.000 Mark Abfindung
zahlte. Davon erhielt Meyer 90.000 Mark und Schönherz
13.000 Mark. Mit diesen riesigen Summen erkaufte sich die
Leipziger und Barmenser das Schweigen von Meyer und
Schönherz, die in der Lage wären, der Arbeiterbank über die
kapitalistischen Geschäfte und Verluste der Arbeiterbank reinen
Wein einzuschütten.

Die beiden ließen sich kaufen. Das ganze Geschäft atmet
den Geist schmutziger Korruption. Da Schönherz unbedingungs-
weise entlassen war, hätte die Leitung des Allgemeinen Ver-
bandes der Deutschen Bankangestellten dafür sorgen müssen, daß
Schönherz weiterbeschäftigt wurde. Da wäre richtig gewesen.
Das schmutzige Kaufgeschäft wird aber nur die Empörung der
Arbeiterbank hervorrufen, zumal es Arbeitergroßen sind, die
von der Direktion der Arbeiterbank verschluckt worden sind.

Zum Verbandstag der Bergarbeiter

Warum Genosse Sobotta ausgeschlossen wurde

Den Delegierten zum 26. Verbandstag des Bergarbei-
ter-Verbandes ist jetzt die Drucksache mit der Tagesordnung und den zur Generalversammlung gestellten An-
trägen zugegangen. In der Vorlage werden über 50 Zahl-
stellen aufgeführt, die zum Geschäftsbericht einen Korreferenten
verlangen. Bei der Generalversammlung 1926 in Saarbrücken
verlangten nur 8 Zahlstellen einen Korreferenten. Daß bei der
Besprechung der Tagesordnung der Generalversammlung in den
Zahlstellen Anfang d. J. über 50 Zahlstellen einen Korreferen-
ten, die meisten darunter besonders den Genossen Sobotta ver-
langten, zeigt, daß die Unzufriedenheit mit der Politik des
Verbandsvorstandes bis weit in die Reihen auch der sozial-
demokratischen Verbandsmitglieder gedrungen ist. Der Vorstand
hat aber in der Vorlage zur Generalversammlung noch nicht
einmal alle Zahlstellen aufgenommen, die ein Korreferat ver-
langt haben. Es fehlen 1. B. die Zahlstellen Altsenften, Galt-
hausen, Köllinghausen, auch in den Mitglieder-Veranstaltungen
dieser Zahlstellen sind Anträge angenommen, die einen Kor-
referenten verlangen. Diese Anträge sind aber entweder bei
den Bezirksleitungen oder beim Verbandsvorstand verschwan-
den, so daß sie nicht in der Vorlage aufgenommen wurden.

Verbot der Roten Sportorganisation in der Tschechoslowakei

Erster Schlag gegen die Legalität der revolutionären Arbeiterorganisationen

Prag, 26. Juni 1928.

Am 24. Juni veranstaltete der Verband für proletarische
Körperkultur in verschiedenen Städten der Tschechoslowakei
Turnfeste und Kundgebungen, die einen deutlichen Klassen-
charakter trugen. In Prag nahmen an dem Turnfest 4000 Turn-
er und über 15.000 Zuschauer teil. Besonders starken Besuch
wies auch die Turnfeste in Königberg und Klado auf.

Jetzt wird aus Klado gemeldet, daß die Kladoer Polizei-
direktion das dortige Sekretariat der Roten Turn- und Sport-
bewegung verhaftete und die Tätigkeit des Verbandes für
proletarische Körperkultur für den Bezirk Klado einstellte.

In Prag selbst hat heute die Polizeidirektion an die Orts-
gruppen des Verbandes für proletarische Körperkultur einen
Erlaß ausgehändigt, in dem es heißt:

„Am 24. Juni 1928 veranstaltete der obengenannte Ver-
band einen öffentlichen Umzug usw. Dabei wurde festgestellt,
daß die Teilnehmer des Umzuges massenhaft folgende antichristliche
Slogans ausriefen: „Weg mit der reaktionären bürgerlichen
Regierung!“, „Es lebe die Rote Armee!“, „Es lebe Sowjetruß-
land!“, „Weg mit der Verschlechterung der Sozialversicherung!“,
„Es lebe der Rote Tag am 6. Juli!“

Weil durch diese Kundgebungen das Straßengeh und die
öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet wurden, stellt die
Polizeidirektion die Tätigkeit obengenannter
Verbandes ein laut §§ 25 und 28 des Verammlungs-
gesetzes vom 15. November 1867 und fordert Sie auf, dem
Herausgeber dieses Erlasses das ganze Vermögen und sämt-
liches briefliche Material auszuliefern usw.“

Anßerdem wurden heute die Vertreter des Zentralsekretariats
der Föderation für proletarische Körperkultur zur Poli-
zeidirektion eingeladen, wo ihnen mitgeteilt wurde, daß die
Föderation durch ihre Sympathien für den Roten Tag in Prag
und für die kommunistische Bewegung den Kreis ihrer Tätigkeit
überbreite. Deswegen wurde die Zentrale der Föderation für
proletarische Körperkultur bei dieser Gelegenheit durch den füh-
renden Beamten der Polizeidirektion aufgefordert, binnen fünf
Tagen öffentlich in der Presse sich vom kommunistischen Roten
Tag loszusagen und offiziell zu erklären, daß sie mit ihm nichts
gemeinsam habe. Wenn die Zentrale der Föderation eine
solche Erklärung nicht veröffentlicht, wird auch sie von der Poli-
zeidirektion aufgelöst werden.

Nach vor kurzer Zeit hat die Regierung den geheimen Plan
zur Vernichtung der revolutionären Arbeiterorganisationen und
der KPD als geeignet. Und nun macht sie den ersten praktischen
Schritt zur Durchführung dieses Planes und will die ganze
große Rote Turn- und Sportbewegung der Klassenbewußten Ar-
beiter der Tschechoslowakei zerschlagen und sie um ihr Vermögen
berauben.

Das tschechoslowakische Proletariat ist stark genug, diesen
niederträchtigen Plan abzuschlagen. Es hofft, daß die inter-
nationale revolutionäre Arbeiterbewegung und das ganze kom-
munistische Proletariat der Welt ihm in seinem Kampfe für die
Legalität seiner Organisationen und gegen den tschechoslowaki-
schen Faschismus praktische Solidarität erweisen werden.

Die Antwort der Sportler auf die Spaltung in Leipzig

Berlin, 29. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Generalversammlung des Arbeiterportkartells Berlin,
die am Mittwoch tagte und auf der trotz der Spaltung der Re-
formisten 235 Delegierte, nur 23 weniger als früher, vertreten
waren, verurteilte gegen nur wenige Stimmen die Spaltung der
Reformisten, die durch den Bundestag gutgeheißen wurde und

Ohne Zweifel liegen hier die Gründe, die den Vorstand
veranlaßt haben, den Genossen Sobotta vor der Generalver-
sammlung auszuschließen, und die ihn veranlassen, einer wei-
teren Reihe von Kameraden den Ausschluß anzudrohen.
Auf der Generalversammlung in Magdeburg wird daher
die Spaltungstätigkeit des Verbandes in Vordergrund
stehen. Mit ihr werden sich die Verbandstagsdelegierten beson-
ders beschäftigen müssen. Die Ausschlußfähigkeit des Vorstan-
des ist natürlich die Folge seiner sozialdemokratischen arbeiter-
feindlichen Politik. Um diese Politik ungehindert fortsetzen zu
können, schließt der Vorstand alle Kritiker aus, zerstört damit die
Organisation und schwächt das Vertrauen der Bergarbeiter zum
Verbande. Die Verbandstagsdelegierten müssen diesem Treiben
des Vorstandes ein Ende bereiten, wollen sie sich nicht mit-
schuldig machen an der Zerstörung des Verbandes. Ihre Aufgabe
müß es sein, den Verband wieder zu einer Klassenkampfo-
rganisation der Bergarbeiter zu machen. Als
erster Schritt hierzu ist die Wiederaufnahme des Genossen So-
botta und aller wegen ihrer oppositionellen Tätigkeit aus-
geschlossenen Kameraden durchzuführen.

Eine Abfuhr des Generalrats in seinem Vorstoß gegen Coof

Berlin, 29. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Vorwärts meldet aus London, daß die gemeinsame
Aussprache zwischen dem Generalrat und den Vertretern des
Bergarbeiterverbandes über die Stellung Coofs und seinen
Kampf gegen die von dem Generalrat geführten Verhandlungen
mit den Unternehmern stattgefunden hat. Der Generalrat
wollte durch diese Aussprache Coof desanoretieren lassen. Der
Vorwärts gibt Kleinlaut zu, daß vorerst beschlossen wurde, die
Rede des Anklägers des Generalrates dem Gesamtvorstand des
Bergarbeiterverbandes zu übermitteln mit dem Ersuchen, über
weitere Schritte zu beschließen. Wahrscheinlich hat der General-
rat eine kleine Abfuhr erhalten.

Achtung, Buchbinder! Heute ist Urwahl!

Mit dem heutigen Tage darf jedoch der Kampf gegen die
Diktaturmethoden der Buchbinder-Ortsverwaltung nicht abge-
schlossen sein. Es handelt sich darum, alle Buchbinder aufzu-
fordern, sich in die Protestlisten einzuschreiben. Jeder, der sich
einzeichnet, verlangt vom Hauptvorstand, daß die Liste 2 Gültig-
keit erhält. Parole muß sein: Nach am Sonnabend und Mon-
tag, alles einzuschreiben in die Protestlisten!

Die Opposition im Buchbinderverband.

wählte eine revolutionäre Zeitung. Der Genosse Jodel wurde
mit 200 gegen 24 Stimmen gegenüber dem bisherigen Vor-
sitzenden Deliblagel (SPD) gewählt.

Verbannung der roten Fahnen im Reichsbanner

Berlin, 29. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Böllische Zeitung berichtet von einem Beschluß des
Vorstandes der Berliner Demokraten, daß sich die Demokratische
Partei in Berlin nur nach an Verhandlungen des Reichs-
banners beteiligen dürfe, wenn dort nur Fahnen der Republik
gezeigt werden, aber keine roten Parteifahnen.

Die Befreiung des Genossen Braun vor dem Rudi

Genosse Philipp zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt

Berlin, 28. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

In der gestrigen Verhandlung vor dem erweiterten Schö-
ffengericht Moabit wurde gegen Genossen Philipp und Seifert
das Urteil gefällt. Philipp wurde wegen Gefangenenebstellung
zu 6 Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten verur-
teilt. Die Untersuchungshaft wird voll angerechnet.
Dem Antrag auf Haftentlassung wurde zugestimmt. Seifert
wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. (Der Staats-
anwalt hatte für beide Genossen je 1 Jahr Gefängnis be-
antragt.) Genossen Philipp soll für den Rest der Strafe Be-
währungstitel zugesprochen werden.

Während der Verhandlungen hatten sich vor dem Gericht
größere Massen eingefunden. Mehrfach wurden dichtbesetzte
Automobile am Gericht vorbei, deren Insassen Hochrufe auf die
tapferen Befreier des Genossen Braun ausbrachten, die der
Klassenjustiz ihr Nieder in die Ohren schrien.

Nach der Urteilsverkündung eilten die Massen zu dem
Portal, wo Genosse Philipp und Seifert begeistert begrüßt
wurden und dann mit den Demonstranten zogen.

Kommunistische Führer werden in Japan mit dem Tode bestraft?

U. London, 28. Juni.

Nach Meldungen aus Tokio hat sich der japanische Thron-
rat gestern mit dem Vorschlag der Regierung auf Erlaß einer
kaiserlichen Verordnung beschäftigt, wonach die Führer kommuni-
stischer Bewegungen mit dem Tode bestraft werden sollen.
Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, da keine Einmütigkeit
erzielt werden konnte. Der Vorschlag der Regierung steht im
Zusammenhang damit, daß gegenwärtig 430 Kommunisten in
Tokio und verschiedenen anderen japanischen Städten ihrer Ab-
urteilung entgegensehen. In der japanischen Presse hat der
Vorschlag der Regierung starke Kritik hervorgerufen und allge-
mein wird dem Verlangen Ausdruck gegeben, daß die Regierung
vor Ergriffung weiterer Schritte die nächste Tagung des Parla-
ments abwarten soll.

Riesenfeuer im Hamburger Hafen

Ein Großfeuer von ganz außergewöhnlichem Umfange
brachte heute nacht einen Teil der Hamburger Hafenanlage in
ernte Gefahr. Aus bisher noch nicht geklärt Ursache — man
nimmt in erster Linie Entzündung durch Funkenflug von
überfahrender Schiffe an — brach in dem 60 Meter
langen Schuppen der Mineralwerke Albrecht u. Co., der sich ent-
lang des sogenannten Reichersieghafens erstreckt, Feuer aus, das
an den zahlreichen aufgeschichteten Deelorräten reichlich Nah-
rung fand und in nicht weniger als 15 Minuten die ganze
Speicherfront erfaßt hatte und die in der Nähe liegende
Fabrikanlage zu erfassen drohte.

Der Brandherd bildete im Nu ein einziges großes
Feuermeer, dem beizukommen zunächst vollkommen un-
möglich war, trotzdem fast sämtliche Wehren von Ham-
burg und Altona alarmiert waren und von der Wasserseite
aus sechs Löschdampfer und sechs Feuerwehrturbinen ungeheure
Wassermengen in den Brandherd schleuderten. Ihre Ver-
mähungen, das Feuer auf seinen Entstehungsort zu be-
schränken, waren zunächst zwecklos, da das Feuer bis zu
100 Meter Höhe emporstieg und eine derartige Höhe ausfallend,
daß das Wasser schon verdunstete, ehe es den Brandherd er-
reichte. Die Feuerwehr mußte sich daher im wesentlichen auf
den Schutz der anliegenden, sämtlich mit solche brennbarem Ma-
terial gefüllten Fabrikgebäude beschränken.

Eine ganze Familie mit durchschnittenen Puls- adern aufgefunden

U. Hamburg. Am Donnerstagsvormittag wurde im
Wandsbeker in seiner Wohnung der Verwaltungsdirektor Tege-
meyer mit seiner Frau und seinen drei Kindern im Alter von
5, 7 und 10 Jahren mit durchschnittenen Pulsadern bestandenlos
aufgefunden. Allen Personen war die linke Pulsader
durchgeschnitten. Sie mußten in vornehmungsunfähigem Zustand
dem Krankenhaus zugeführt werden.

Zwei Todesopfer des Unwetters in Schlesien

U. Breslau. Durch die schweren Unwetter der letzten
Tage in den Kreisen Reichenbach, Brieg und Olz ist die Gegend
stellenweise vollständig vernichtet worden. Im Kreise Brieg
forderte das Unwetter auch zwei Todesopfer durch Blitzschlag.
Eine Anzahl von Feldarbeitern wurde durch Schloßen, die teil-
weise die Größe von Hünerleiern hatten, verlest.

Schweres Eisenbahnunglück in England

U. London. In der Nähe der Station von Darlington
ereignete sich gestern nacht ein Eisenbahnunglück, bei dem sechs
Personen getötet und 30 verletzt wurden. Das Unglück ge-
schah, als ein Zug der mit Ausflüglern besetzt war, von Scot-
borough kommend, sich dem Südbahnhof von Darlington näherte
und mit einem Güterzug zusammenstieß. Die Lokomotive des
einen Zuges kam dabei zum Entgleiten.

Ueberflutungsopferkatastrophe in Westjapan

U. London. Nach Meldungen aus Tokio ist der westliche
Teil und die Insel Kjusju von einer Ueberflutungskatastrophe
ergriffen und ausgedehnten Erdstößen heimgesucht worden.
Soweit bisher bekannt ist, sind 30 Personen ums Leben gekommen.
Soweit bisher bekannt ist, sind 7000 Häuser überflutet. Die Zahl der Ver-
wunden wird auf 110.000 geschätzt und man befürchtet, daß die
Zahl der ums Leben gekommenen Personen sich auf viele Hund-
dert erhöhen wird. 26 Personen, die verunglückten, eine durch
Erdstöße verheerete Familie zu retten, wurden durch einen
neuen Erdstich lebendig begraben.

Der bayrische Räterepublikaner **Alois Lindner** spricht
am Sonnabend, 19, 30 Uhr, im Keglerheim, Friedrichstraße für die Amnestie